Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 1
Landtag, 6. Wahlperiode: 1963-67

27.09.1966 - Nr. 104 Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

6. Wahlperiode

Drucksachenabteilung I — Mitteilungen und Antworten des Senats

Nr. 104

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag)

vom 27. September 1966

Bericht über die Haushaltslage

nach dem Stande vom 30. Juni 1966

Der Senat erstattet hiermit den folgenden Bericht über die Haushaltslage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen nach dem Stande vom 30. Juni 1966. Von diesem Bericht hat die Finanzdeputation in ihrer Sitzung am 20. September 1966 zustimmend Kenntnis genommen.

I. Ordentliche Haushalte

Nach den Haushaltsplänen für 1966 setzt sich die Einnahmeseite der ordentlichen Haushalte wie folgt zusammen:

	Millionen DM
1. Steuern	754,0
2. Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich	12,0
3. Einnahmen der Verwaltungszweige (ohne Verrechnungen)	184,6
Zwischensumme (= Netto-Volumen)	950,6
4. Verrechnungen (= Erstattungen innerhalb der Haushalte und zwischen den Haushalten — einschließlich Zuweisungen —)	256,1
Gesamteinnahmen (= Brutto-Volumen)	1 206,7

Zu der Entwicklung der unter Ziffer 3 und 4 genannten Einnahmen sind zur Zeit keine besonderen Bemerkungen zu machen.

Von den unter Ziffer 2 genannten Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich von 12 Millionen DM sind bis zum 30. Juni 1966 bereits 8,7 Millionen DM eingegangen.

Das unter Ziffer 1 genannte Aufkommen an Steuern hat sich bis zum 30. Juni 1966 im Vergleich zu den Anschlägen wie folgt entwickelt:

1. Landessteuern (netto)

Steuerart	Anschlag im Haushaltsplan 1966 1000 DM	Zeitanteil. Soll bis zum 30. 6. 1966 1000 DM	Ist bis zum 30. 6. 1966 1000 DM
Steuerabzug vom Arbeitslohn	350 000	175 000	159 678
Nicht veranl. Eink.-Steuer	17 040	8 520	4 312
Andere (veranl.) Eink.-Steuer	258 000	129 000	123 438
Körperschaftssteuer	88 000	44 000	52 009
Einkommen- und Körperschaftssteuer zusammen	713 040	356 520	339 437
./. Bundesanteil	278 086	139 043	132 381
Landesanteil E.- und K.-Steuern	434 954	217 477	207 056
Vermögenssteuer	30 000	15 000	15 334
Erbschaftssteuer	5 500	2 750	1 700
Grunderwerbsteuer	5 500	2 750	2 906
Kapitalverkehrsteuer	3 250	1 625	1 015
Kraftfahrzeugsteuer	37 000	18 500	18 807
Versicherungssteuer	6 700	3 350	3 489
Rennwett- und Lotteriesteuer	5 402	2 701	2 840
Wechselsteuer	4 000	2 000	1 964
Feuerschutzsteuer	600	300	337
Biersteuer	21 000	10 500	8 895
Landessteuern zusammen (netto)	553 906	276 953	264 343
			276 953
			./. 12 610

2. Gemeindesteuern in Bremen

Steuerart	Anschlag im Haushaltsplan 1966 1000 DM	Zeitanteil. Soll bis zum 30. 6. 1966 1000 DM	Ist bis zum 30. 6. 1966 1000 DM
Grundsteuer	24 500	12 250	11 220
Gewerbesteuer			
a) nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital	120 000	60 000	61 519
b) Lohnsummensteuer	44 000	22 000	21 250
Grunderwerbsteuerzuschlag	6 500	3 250	3 149
Vergnügungssteuer	1 300	650	703
Abgabe für Hunde	350	175	227
Getränkesteuer	3 400	1 700	1 955
Gemeindesteuern zusammen	200 050	100 025	100 023
			100 025
			./. 2

3. Landes- und Gemeindesteuern zusammen

Steuerart	Anschlag im Haushaltsplan 1966 1000 DM	Zeitanteil. Soll bis zum 30. 6. 1966 1000 DM	Ist bis zum 30. 6. 1966 1000 DM
Landessteuern (netto)	553 906	276 953	264 343
Gemeindesteuern	200 050	100 025	100 023
Steuern zusammen (netto)	753 956	376 978	364 366
		Zeitanteiliges Soll	376 978
			./. 12 612

Danach hat das Steueraufkommen im ersten Halbjahr 1966 das zeitanteilige Soll (= 1/2 der Anschläge) um 12,6 Millionen DM unterschritten. Erfahrungsgemäß lassen sich aus diesem ersten Teilergebnis noch keine Schlüsse für das voraussichtliche Jahresergebnis ziehen, da insbesondere das erste Halbjahr auch mit dem größten Teil der Rückzahlungen im Lohnsteuerjahresausgleich belastet ist.

Im Vergleich zu den Ist-Zahlen des 1. Halbjahres 1965 hat sich das Steueraufkommen bis zum 30. Juni 1966 wie folgt entwickelt:

1. Landessteuern (netto)

Steuerart	Ist bis zum 30. 6. 1965 1000 DM	Ist bis zum 30. 6. 1966 1000 DM	+ bzw. ./. in v. H.
Steuerabzug vom Arbeitslohn	136 615	159 678	+ 16,9
Nicht veranl. Eink.-Steuer	4 039	4 312	+ 6,8
Andere (veranlagte) Einkommensteuer	113 029	123 438	+ 9,2
Körperschaftssteuer	40 051	52 009	+ 29,9
Einkommen- und Körperschaftssteuer zusammen	293 734	339 437	+ 15,6
./. Bundesanteil	114 556	132 381	+ 15,6
Landesanteil E.- und K.-Steuern	179 178	207 056	+ 15,6
Vermögenssteuer	15 816	15 334	./. 3,1
Erbschaftssteuer	2 266	1 700	./. 25,0
Grunderwerbsteuer	2 813	2 906	+ 3,3
Kapitalverkehrsteuer	1 869	1 015	./. 45,7
Kraftfahrzeugsteuer	16 825	18 807	+ 11,8
Versicherungssteuer	3 268	3 489	+ 6,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	2 544	2 840	+ 11,6
Wechselsteuer	1 899	1 964	+ 3,4
Feuerschutzsteuer	424	337	./. 20,5
Biersteuer	8 387	8 895	+ 6,1
Landessteuern zusammen (netto)	235 289	264 343	+ 12,3

2. Gemeindesteuern in Bremen

Steuerart	Ist bis zum 30. 6. 1965 1000 DM	Ist bis zum 30. 6. 1966 1000 DM	+ bzw. ./. in v. H.
Grundsteuer	10 532	11 220	+ 6,5
Gewerbesteuer			
a) nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital	52 699	61 519	+ 16,7
b) Lohnsummensteuer	18 920	21 250	+ 12,3
Grunderwerbsteuerzuschlag	3 266	3 149	./. 3,6
Vergnügungssteuer	711	703	./. 1,1
Abgabe für Hunde	222	227	+ 2,3
Getränkesteuer	1 765	1 955	+ 10,8
Gemeindesteuern zusammen	88 115	100 023	+ 13,5

3. Landes- und Gemeindesteuern zusammen

Steuerart	Ist bis zum 30. 6. 1965 1000 DM	Ist bis zum 30. 6. 1966 1000 DM	+ bzw. ./. in v. H.
Landessteuern (netto)	235 289	264 343	+ 12,3
Gemeindesteuern	88 115	100 023	+ 13,5
Steuern zusammen (netto)	323 404	364 366	+ 12,7

Das Istaufkommen an Steuern hat demnach gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 12,7 Prozent zugenommen. Die anschlagsmäßig für das ganze Jahr 1966 unterstellte Zuwachsrate liegt bei 9,3 Prozent.

In dem Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 31. März 1966 ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die bisherigen Zuwachsraten in 1966 wesentlich durch die ungewöhnlich niedrigen Zuwachsraten des Vorjahres beeinflußt wurden. Das gilt auch noch für das zweite Vierteljahr, wie aus der folgenden Aufstellung ersichtlich ist:

Zeitraum	Zuwachsrate in v. H. in 1966	in 1965
Januar	+ 12,2	./. 2,5
Januar—Februar	+ 10,9	+ 1,5
Januar—März (1. Vj.)	+ 11,9	+ 0,3
Januar—April	+ 12,4	+ 2,1
Januar—Mai	+ 13,3	+ 1,5
Januar—Juni (1. Hj.)	+ 12,7	+ 2,2

Die weitere Entwicklung ist schwer abzuschätzen. Das September-Ergebnis bleibt abzuwarten.

Auf der Ausgabenseite der ordentlichen Haushalte sind im 1. Halbjahr 1966 keine ungewöhnlichen Entwicklungen zu verzeichnen. Die Ausgaben halten sich im Ergebnis im Rahmen des zeitanteiligen Solls und im Rahmen der tatsächlichen Einnahmen.

Bis zum 30. Juni 1966 sind durch die Finanzdeputation bzw. durch den Haushaltsausschuß insgesamt 21,3 Millionen DM auf die ordentlichen Haushalte nachbewilligt worden. Davon wurden 17,8 Millionen DM durch Einsparungen bei anderen Haushaltsstellen und durch Mehreinnahmen gedeckt, während 3,5 Millionen DM zu Lasten der mit 9,9 Millionen DM veranschlagten Verstärkungsmittel nachbewilligt werden mußten.

Für die einmaligen Ausgaben haben Senat und Finanzdeputation in ihren Sitzungen am 8. Fe-

bruar 1966 Bewirtschaftungsmaßnahmen beschlossen, um diese im Rahmen der tatsächlichen Deckungsmöglichkeiten zu halten. Schwierigkeiten haben sich dabei im 1. Halbjahr nicht ergeben.

II. Außerordentliche Haushalte

Die laufenden außerordentlichen Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen setzen sich wie folgt zusammen:

	Millionen DM	Millionen DM
Anschläge 1966		212,2
Davon werden durch zweckgebundene Einnahmen gedeckt		./. 10,4
Aus allgemeinen Deckungsmitteln sollen demnach anschlagsmäßig finanziert werden		
a) durch Zuweisungen aus den ordentlichen Haushalten	61,8	
b) durch allgemeine Darlehen	140,0	201,8
Hiervon sind die im Rechnungsjahr 1965 bereits durch Vorgriffe in Anspruch genommenen Beträge abzusetzen		./. 38,9
Bleiben		162,9
Hinzu kommen:		
a) die noch nicht gedeckten, aus 1965 übertragenen Ausgabereste	77,1	
b) die bis 1965 genehmigten Vorgriffe auf 1967 und später	21,1	98,2
Gesamtsoll der aus allgemeinen Deckungsmitteln noch zu finanzierenden Ausgaben demnach		261,1

Für die Verausgabung dieser Beträge haben Senat und Finanzdeputation in ihren Sitzungen am 8. Februar 1966 Bewirtschaftungsmaßnahmen beschlossen, um die Ausgaben den Deckungsmitteln anzupassen. Diese Maßnahmen waren im Hinblick auf die am Jahresanfang noch nicht zu übersehende Entwicklung bei den Steuereingängen und im Hinblick auf die angespannte Lage am Kapitalmarkt erforderlich (s. auch Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 31. März 1966).

Diese Bewirtschaftungsmaßnahmen gingen von den folgenden Endzahlen aus:

	Millionen DM	Millionen DM
Gesamtsoll (s. oben)		261,1
Davon bereits freigegeben:		
a) aus Ausgaberesten	69,2	
b) durch frühere Erteilung von Bindungsermächtigungen	39,9	./. 109,1
Noch freizugeben		152,0
Davon für die Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen zwangsläufig freizugeben (einschl. 40 Millionen DM für den Wohnungsbau)		58,7
Bleiben für Bewirtschaftungsmaßnahmen in 1966 noch verfügbar		93,3
Hiervon konnten im ersten Halbjahr freigegeben werden		34,0
Vorbehaltsbetrag für das zweite Halbjahr		59,3

Die Finanzdeputation hat im ersten Halbjahr 1966 freigegeben:

	Millionen DM
a) aus dem 58,7-Millionen-DM-Betrag für rechtliche Verpflichtungen	37,1
b) aus dem Bewirtschaftungskontingent von 93,3 Millionen DM	28,3
Zusammen	65,4
Dagegen „Soll" (58,7 + 93,3)	152,0
Noch nicht freigegeben	86,6

Inzwischen haben Senat und Finanzdeputation weitere Beschlüsse über den Vollzug der Bewirtschaftungsmaßnahmen im zweiten Halbjahr 1966 gefaßt. Einzelheiten werden in dem Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 30. September 1966 dargestellt.

Bis zum 30. Juni 1966 sind durch die Finanzdeputation bzw. durch den Haushaltsausschuß rd. 8,2 Millionen DM auf die außerordentlichen Haushalte nachbewilligt und freigegeben worden. Davon wurden 6,7 Millionen DM durch Einsparungen bei anderen Haushaltsstellen und durch Mehreinnahmen im a. o. H. gedeckt, während 1,5 Millionen DM aus allgemeinen Deckungsmitteln (Mehrzuweisungen aus Einsparungen im ordentlichen Haushalt) zu finanzieren sind. Gegenzurechnen ist jedoch eine gesamtsollverändernde Einsparung von 0,5 Millionen DM im außerordentlichen Haushalt.

Die bisherigen Freigaben halten sich im Rahmen der verfügbaren Deckungsmittel aus Steuern und allgemeinen Darlehen.

Für die Erteilung von Bindungsermächtigungen und die Genehmigung von Vorgriffen haben Senat und Finanzdeputation ebenfalls besondere Kontingentierungen beschlossen (s. auch Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 31. März 1966), um die Vorbelastungen künftiger Rechnungsjahre in vertretbaren Grenzen zu halten.

An Bindungsermächtigungen auf 1967 und später sind in den Haushaltsplänen 1966 insgesamt 163,7 Millionen DM + 10,0 Millionen DM haushaltsgesetzliche Ermächtigungen vorgesehen. Hiervon sind bis zum 30. Juni 1966 erteilt bzw. genehmigt worden:

	Auf 1967	Auf 1968 u. später	Zusammen
	— Millionen DM —		
Bindungsermächtigungen	27,5	—	27,5
Vorgriffe	16,0	19,0	35,0
Summe	43,5	19,0	62,5

Carl Schünemann Bremen